



Herrn Landrat Mario Löhr

Fraktionen/Gruppen zur Kenntnis

Kreis Unna, 12.09.2023

**Antrag zum TOP 7 der Kreisausschusssitzung bzw. zum TOP 7 der Kreistagsitzung am 18./19.09.2023  
Aufakttreffen und weitere Maßnahmen zu einer wirkungsvollen „Interkommunalen  
Zusammenarbeit“ (IKZ) in der kommunalen Familie des Kreises Unna**

Sehr geehrter Herr Löhr,

die Fraktionen der SPD und GFL+WfU im Kreistag des Kreises Unna stellen folgenden Antrag zur Drs. 187/23 unter Punkt 7 bzw. Punkt 7 der Sitzungen von Kreisausschuss und Kreistag und bitten um Beratung und Beschlussfassung.

Vor dem Hintergrund der dramatischen Finanznöte auf kommunaler Ebene sowie des chronischen Fachkräftemangels soll die interkommunale Zusammenarbeit ausgeweitet und intensiviert werden.

1. Der Landrat wird beauftragt, aufsetzend auf einem Kurzbericht zu ersten bereits realisierten Aktivitäten der IKZ im Kreis Unna, weitere sinnvolle Möglichkeiten der IKZ in der kommunalen Familie des Kreises Unna gemeinsam mit den Kommunen zu identifizieren.
2. Der Landrat wird beauftragt, ein interkommunales Auftakttreffen mit Vertretern der zehn Kommunen sowie des Kreistages und der Kreisverwaltung zu organisieren; dazu sollten die Fraktionsspitzen des Kreistages sowie der zehn Gemeinde- und Stadträte, die Verwaltungsspitzen der zehn Kommunen sowie der Kreisverwaltung, eingeladen werden. Weiterhin sollte an der Veranstaltung ein\*e Referent\*in teilnehmen, um ein Impulsreferat zu potenziellen Synergieeffekten und -feldern sowie zu Best Practice-Beispielen der IKZ zu halten.
3. Weiterhin wird der Landrat beauftragt, aufzuzeigen, inwieweit bestimmte kommunale Kompetenzen in kommunalen Institutionen (z.B. Stadt- bzw. Gemeindeverwaltungen, Kreisverwaltung, kommunale Gesellschaften etc.), gebündelt werden könnten. So könnten gezielt für spezifische Felder der IKZ klar definierte Leistungen bei einer Institution im Kreis für alle konzentriert aufgebaut und entwickelt sowie für alle Kreis-Kommunen und den Kreis selbst über entsprechende Dienstleistungsverträge abgerufen werden. Wichtig wäre in diesem Zuge, dass der Landrat die Vor- und Nachteile der jeweiligen Handlungsoptionen und erste Handlungsempfehlungen vorstellt.
4. Daraus ableitend wird geprüft, ob eine modellhafte interkommunale Zusammenarbeit entwickelt werden kann, die auch mit Blick auf die Förderrichtlinie für Interkommunale Zusammenarbeit des Landes NRW förderungswürdig ist.
5. Nach Vorlage der Ergebnisse entscheidet der Kreistag über weitere Schritte.

## Begründung

Die Finanzlage des Kreises sowie der zehn Kommunen wird schon seit Jahren beklagt. Inzwischen hat sich die Lage in den Städten des Kreises Unna allerdings dramatisch zugespitzt. Als Gründe seien hier nur die Ukraine-Kriegsfolgen, explodierende Energiepreise, hohe Inflation, notwendige Klimafolgen-Anpassungen sowie die Nichteinhaltung des Konnexitätsprinzips genannt.

Die kommunale Familie muss ihren Druck auf Bund und Land erhöhen und einen Ausweg aus der Finanzkrise konsequent einfordern. Die kommunale Familie muss darauf bestehen, dass nicht nur die kommunalen Altschulden durch Bund und Land nennenswert abgebaut oder übernommen werden. Auch die Einhaltung des Konnexitätsprinzips bei der Vergabe von Aufgaben auf die mittlere (Land) und untere (kommunale) föderale Ebene muss nachdrücklicher als bisher eingefordert werden. Das gilt auch mit Blick auf den LWL und seine Aufgaben.

Eine Einschätzung der prekären kommunalen Lage gibt auch das Institut der Deutschen Wirtschaft in seiner Studie zur Verschuldung der NRW-Städte und -Gemeinden (vgl. [https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user\\_upload/Studien/Report/PDF/2023/IW-Report\\_2023-Stellungnahme-Altschulden-Kommunen.pdf](https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/Report/PDF/2023/IW-Report_2023-Stellungnahme-Altschulden-Kommunen.pdf)).

Obendrein kämpft die öffentliche Hand mit einem chronischen Fachkräftemangel, der sich in den nächsten Jahren ebenfalls dramatisch zuspitzen wird: Bis zum Jahre 2030 gehen etwa 1,3 Millionen Beschäftigte in den Ruhestand. Bund, Ländern und Gemeinden fehlen 2030 nach Berechnung der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PwC eine Million Fachkräfte (ohne Gegenmaßnahmen). Dieser Personal- und Wissensschwund stellt eine neue Dimension dar und wirft die Frage auf, ob der öffentliche Sektor seine Kernaufgaben in Zukunft überhaupt noch erfüllen kann, so PwC weiter (vgl.: <https://www.pwc.de/de/branchen-und-markte/oeffentlicher-sektor/fachkraeftemangel-im-oeffentlichen-sektor.html>).

Die Finanzkrise hat aber auch Ursachen, die vor Ort liegen. Deshalb müssen auch der Kreis Unna sowie die zehn Kommunen ihre Hausaufgaben machen. Aber Finanzkrise plus Fachkräftemangel lassen sich einzeln nicht mehr schultern. Die Zusammenarbeit in der kommunalen Familie des Kreises Unna soll auf eine historisch neue Stufe zu gehoben werden: Es muss ab sofort darum gehen, möglichst viele Synergien auszumachen und durch neue Formen der Zusammenarbeit auf den Weg zu bringen. Dieses Projekt ist Chefsache.

Den antragstellenden Fraktionen geht es dabei nicht darum, bestimmte Arbeitsfelder im Kreishaus zu zentralisieren, sondern auch als dezentrale „Service-Einheiten“ der kommunalen Familie anzubieten. Letztlich obliegt es jeder Kommune, diese Angebote für sich zu nutzen.

Über eine Unterstützung dieses Antrages würden wir uns freuen und stehen bei Fragen sowie Gesprächsbedarf gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Hartmut Ganzke  
SPD-Fraktionsvorsitzender



Prof. Dr. Johannes Hofnagel  
GFL+WfU-Fraktionsvorsitzender